

# Arbeitspolitik in Deutschland

Autor(en): **Fricke, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **20 (1928)**

Heft 1

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352330>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

## FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes*

20. Jahrgang

JANUAR 1928

No. 1

### Arbeitspolitik in Deutschland.

Von Fritz Fricke, Berlin.

Es ist bekannt, dass die deutsche Schwerindustrie eine der rigorosesten Arbeitgebergruppen darstellt. Erst ihre letzte grosse Aktion hat diese Erfahrung aufs neue bewiesen. Sie versuchte, sich der Einführung des Dreischichten-Systems in den Hüttenbetrieben zu entziehen, indem sie eine grosse Generalaussperrung ihrer Arbeiterschaft ankündete, die sie in die gesetzlich legale Form der Betriebsstillegung einzukleiden versuchte. Der Angriff scheint abgeschlagen zu sein. Wenn es hier durch einen Schiedsspruch der Schlichtungsbehörden gelingt, einen Arbeitskampf zu verhindern, der seinesgleichen nicht hätte und bei dem die Arbeitgeber von vornherein in der Vorhand gewesen wären, so ist dies in erster Linie darauf zurückzuführen, dass man sowohl bei der Regierung als auch bei den Arbeitgebern in letzter Stunde — trotz der gefüllten Streikkassen der Schwerindustrie — sich auf die Macht der Gewerkschaften besann, die einen solchen Streich zweifellos nicht hingenommen hätten, ohne dem groben Keil einen groben Klotz entgegenzusetzen.

Diese Bedeutung der deutschen Gewerkschaften ist es auch, die die Arbeitgeber — wieder unter Führung der Schwerindustrie — dazu geführt hat, unter Umständen auch andere Seiten aufzuziehen. So gewalttätig die Strategie der offenen reaktionären Gewalt auch sein mag, so ist sie doch wenigstens offen. Diese andere Seite der Arbeitgeberpolitik gegen die Arbeiterschaft, deren Führung in den Händen des von schwerindustriellen Verbänden gegründeten Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (Dinta) liegt, hat diesen Vorzug der Offenheit nicht. Sie ist demzufolge auch nicht brutal und eindeutig reaktionär, sondern im Gegenteil verschleiert, vieldeutig und versucht, an die Arbeiterschaft auf dem Umweg der politischen Hintertreppe heranzukommen. Ihr Ziel besteht darin, die Masse der im Betriebe beschäf-

tigten Arbeitnehmer mit werksgemeinschaftlichen, wirtschaftlichen Ideen zu durchsetzen, zu spalten und so der Gewerkschaftsbewegung Fundament und zugleich Rekrutierungsfeld zu entziehen.

Dieses Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Sitz Düsseldorf) ist im Mai 1925 auf einer besonders dazu einberufenen Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute gegründet worden. Diese Tagung wurde von Generaldirektor V ö g l e r, dem Führer des Deutschen Stahltrusts, eingeleitet. Er erklärte dabei u. a. folgendes:

«Aber die Einsichtigen unter uns und vor allem die, auf denen die Verantwortung besonders schwer lastet, sind zu der Erkenntnis gekommen, dass wir in der Arbeiterfrage — ich will das Wort ruhig in der kurzen Fassung, wie sie uns geläufig ist, benutzen— festgelaufen sind. Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, dass wir um keinen Schritt weitergekommen sind. Die grosse Masse unserer Arbeiter, und ich muss hinzufügen, auch unserer Angestellten, steht dem Werk und dem Prozess im Werk, fremd, sogar feindlich gegenüber.»

Diese Erkenntnis ist der Ausgangspunkt der Bestrebungen des Dinta. Es versucht, seine Aufgabe durchzuführen unter dem Schlagwort: «Der Kampf um die Seele unseres Arbeiters». Mit diesem Satz hat das Institut seine Programmbroschüre überschrieben. Nach dieser Schrift besteht das Ziel der neuen Arbeitspolitik u. a. in der «Ueberwindung der feindseligen Oppositionsstellung zwischen Arbeiter und Unternehmer, Befriedigung und Befriedung des Arbeiters im gegenwärtigen Wirtschaftssystem.» Der Arbeiter soll zwar an der Besserung seiner Lage interessiert bleiben, aber, so heisst es weiter: «Auch die Arbeiter müssen ihre Kämpfe führen lernen unter grundsätzlicher Anerkennung der im gegenwärtigen Wirtschaftssystem mächtigen Gesetze.» Die Taktik dieser Arbeitspolitik wird beleuchtet durch die Tatsache, dass die Führer und Mitarbeiter des Dinta bei jeder Gelegenheit es sich angelegen sein lassen, über den Marxismus herzuziehen als diejenige volksvergiftende Idee, die den scharfen Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer überhaupt erst in den sozialen Kampf hineingetragen habe. Bei jeder Gelegenheit versuchen sie, Marx und den Marxismus totzuschlagen. Oft mit den lächerlichsten Argumenten. Ein an der Gründung des Instituts massgebend beteiligter Wissenschaftler, Professor D u n k m a n n, behauptete auf der Gründungstagung, dass die Parole: «Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!» der eigentliche Sinn der Theorie sei, die ein Karl Marx mit dem ganzen Scharfsinn seiner Ueberlegung «ausgeheckt» habe. Die Idee des Klassenbewusstseins stammt nach seiner Meinung aus einer jüdischen Quelle, «weil sie die Arbeiterschaft als eine ausgezeichnet isolierte Klasse aus den anderen Schichten herauszuheben versucht, genau wie einst das Volk Israel das ausgewählte Volk gewesen sei». Dieses Zitat mag genügen, um das hohe Niveau zu kennzeichnen, auf dem sich die Angriffe gegen die sozialistischen Auffassungen der Arbeiterschaft bewegen. Es



ist klar, dass man sich hier einen Popanz zurechtmacht, nur um ihn bequem erledigen zu können.

Der eigentliche Angriff richtet sich übrigens gar nicht gegen die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. In erster Linie versucht man, bei der unorganisierten Masse Boden zu finden, um sie von dem organisierten Teil der Arbeiter abzuspalten. Ein besonderes Merkmal dieser neuen Arbeitspolitik liegt vor allen Dingen in ihrer Unabhängigkeit, von den sozialpolitischen Meinungen und Einreden einzelner Arbeitgeber. Alle ihre Fäden laufen in der Hand der Institutsleitung in Düsseldorf zusammen.

Diese Zentrale steht unter der Leitung des Oberingenieurs Arnold und hat nach der Gründungskonferenz dreierlei Aufgaben: Sie soll 1. Forschungsinstitut, 2. Ausbildungsstätte und 3. Organisationszentrum sein. Die Forschungsaufgaben sind von Professor D u n k m a n n wie folgt umrissen worden:

« Wir brauchen ein Forschungsinstitut, welches die Massenpsychologie zum Gegenstand nimmt, wie wir Forschungsstätten haben, welche das chemische und physikalische Verhalten der Elemente, mit denen wir wirtschaften, feststellen. »

Das Dinta unterhält auch eine besondere Abteilung unter Leitung von Professor P o p p e l r e u t e r, die mit der Ausbildung und weiteren Durchforschung der Psychotechnik und ihren Anwendungsmöglichkeiten im Betriebe betraut ist. Seiner Aufgabe als Ausbildungsstätte wird es gerecht, indem es junge, fähige Ingenieure mit guter pädagogischer Begabung zu Organisations- und Einsatz-Ingenieuren ausbildet. Organisationszentrum ist es, weil es in fünfmonatigen Lehrgängen ausgebildete Ingenieure vom Institut aus der Industrie zur Durchführung der Dintapolitik zur Verfügung stellt.

Als Organisations-Ingenieure erhalten sie einen bestimmten Industriezweig oder einen territorialen Bezirk zugewiesen, in welchem sie systematisch und planmässig die Arbeitgeberschaft für den Aufbau des Dintasystems interessieren und gewinnen und gleichzeitig diesen Aufbau leiten sollen. Als Einsatz-Ingenieure finden sie unter der Oberleitung der Organisations-Ingenieure oder aber des Instituts selbst in den einzelnen Betrieben Verwendung, um dort nach dem Muster der bei der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft schon seit längerer Zeit bestehenden Erziehungs- und Wohlfahrtseinrichtungen zu wirken.

Die Ingenieure bleiben während ihrer ganzen Tätigkeit im engsten Zusammenhang mit dem Düsseldorfer Mutterhaus. Sie können von dort aus jederzeit versetzt oder wieder zurückgerufen werden. Dadurch ist dafür gesorgt, dass sie jederzeit in der geistigen Gefolgschaft des Dinta bleiben oder aber von ihrem Posten abgelöst werden.

Die Programmbroschüre mit dem obengenannten Titel bezieht sich auf das Gelsenkirchener Vorbild und sagt:



« Nur auf dem Gelsenkirchener Wege kann der neue deutsche Arbeitertyp kommen, tüchtig, seines Wertes sich bewusst, auf die Besserung seiner Lebensverhältnisse durchaus bedacht, aber zu stolz und innerer Hemmungen zu voll, sich in eine von heimlichem Hass vergiftete Oppositionsstellung zu seinem Werk treiben zu lassen. »

Dieser Gelsenkirchener Weg, der für die gesamte zukünftige Arbeitspolitik in allen deutschen Betrieben massgebend gemacht werden soll, beginnt nach den eigenen Worten Arnolds schon mit einer Art von « vorgeburtlicher Erziehung » des Arbeiters. Er endet mit dem Tode des Arbeiters, der als Greis oder Invalid in den Alters- und Invalidenwerkstätten seines Betriebes das Gnadentrot erhält. In erster Linie schafft man in den vom Dinta erfassten Werken Lehrlingswerkstätten und Werkschulen, wobei die letzteren an die Stelle der obligatorischen kommunalen Berufsschulen treten. Die Lehrlinge werden im Lehrvertrag zu einer vierjährigen Lehrzeit verpflichtet. Die Eltern müssen darin ausdrücklich ihr Erziehungsrecht auf den Arbeitgeber übertragen. Die Ausbildung der Lehrlinge beschränkt sich nicht auf fachliches und berufliches Können, sondern greift weit darüber hinaus in die allgemeine Erziehung der jungen Menschen ein. Neben der Werkschule und der Lehrlingswerkstatt besteht ein durchgebildetes Werksjugend-Pflegesystem, das den Jugendlichen und den Lehrling vom Arbeitsbeginn am frühen Morgen bis zum Schlafengehen am späten Abend dauernd mit dem Werke in Berührung hält. Die Lehrlinge sind u. a. verpflichtet, mehrmals in der Woche an Sport- und Spielabenden, literarischen Vorträgen und sonstigen Veranstaltungen teilzunehmen. An Sonn- und Feiertagen werden gemeinsame Wanderungen unternommen, gemeinsame Erholungs- und Studienreisen führen die jungen Leute weit über den Bereich ihrer engeren Heimat hinaus.

Eine solche Lehrlingsausbildung könnte begrüsst werden, wenn sie nicht — von den Unternehmern getragen — den ausgesprochenen Sinn hätte, die Zöglinge zu wirtschaftsfriedlichen, dem Betriebe vollkommen ergebenen und in der Arbeit für den Unternehmer ihren letzten Lebenszweck erblickenden Heloten zu machen. Zur Zeit bestehen mehr als 50 Lehr- bzw. Anlern-Werkstätten, die im ganzen über 100 Firmen erfassen und die ungefähr 4000 Lehrlinge beschäftigen dürften.

Neben der Beeinflussung der Lehrlinge versucht man auch auf die erwachsene Arbeiterschaft Einfluss zu gewinnen. Vorderhand beschränkt man sich dabei auf das Mittel der Werkszeitung. Zur Zeit werden im Düsseldorfer Institut durch den Verlag « Schacht und Hütte » 55 Werkszeitungen herausgegeben mit einer Gesamtauflage von annähernd einer halben Million Exemplare. Diese Blätter werden in den Betrieben umsonst an die Arbeiterschaft verteilt oder aber durch die Post den Betriebsangehörigen ins Haus gesandt. Aeusserlich machen sie den Eindruck eines politisch vollkommen neutralen Organs. Sobald man jedoch die ein-



zelen Aufsätze und Artikel etwas genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man mühelos ihre nationalistische und wirtschaftsfriedliche Tendenz. Diese Tendenz versteckt sich natürlich immer hinter einem gewissen Biedermannston und gibt sich Mühe, den Eindruck zu erwecken, als lägen ihr gar nicht beabsichtigte und ausgeklügelte politische Beeinflussungsmanöver, sondern lediglich der sogenannte « gesunde Menschenverstand » zugrunde.

Für die Frauen und Töchter der Werksarbeiter und für die weiblichen Werksangehörigen werden Hausfrauenschulen errichtet, die man besonders gern der Leitung von Damen des Vaterländischen Frauenvereins unterstellt. Diese Frauenschulen gehen von dem durch die Arbeitgeber aufgestellten Grundsatz aus, die Arbeiterschaft käme deshalb mit ihren Löhnen nicht aus, weil ihre Frauen nicht imstande seien, sparsam und zweckmässig zu wirtschaften. Man veranstaltet deshalb hauswirtschaftliche Kurse aller Art, auch Lehrgänge für Schneiderei und Aehnliches. An diese Hausfrauenschulen gliedert man ein Säuglingsheim und eine Kleinkinderbewahranstalt an. In Verbindung mit diesem Säuglingsheim schafft man Mütterberatungsstellen, worauf sich der oben zitierte Ausspruch Arnolds von der vorgeburtlichen Erziehung des Arbeits gründet.

Die Invaliden- und Alters-Werkstätten beschliessen diesen Kranz von Erziehungs- und Wohlfahrtseinrichtungen. Sie wollen den alten und invaliden Arbeiter aus der Sphäre des Rentenempfängerdaseins in den Stand eines Verdieners erheben. In jedem Werke wird ausser den industriellen Rohstoffen eine Reihe von Hilfsmaterialien (Putzwolle, Bürsten, Pinsel, Holzwaren aller Art) gebraucht. Man errichtet diese Werkstätten, überweist ihnen Aufträge zur Herstellung vorgenannter Artikel und beschäftigt damit die Alten und Invaliden, die dafür einen bestimmten Arbeitslohn erhalten, der normalerweise natürlich höher liegt als die bisherige Werkspension, aber hinter den Vollarbeiterlöhnen weit zurückbleibt.

Neben all diesen Einrichtungen werden besonders da, wo es sich um isolierte Werke inmitten agrarischer Umgebung handelt, durch die Dintaingenieure im Auftrage der Werksleitung alle möglichen allgemeinen Veranstaltungen sportlicher und unterhaltender Art durchgeführt, um die von allen Kulturbedürfnissen entwöhnte und alle Kulturstätten entbehrende Arbeiterschaft geistig einzufangen und den Ideen des Werkes geneigt zu machen.

Würdigt man diese Reihe von Massnahmen und Veranstaltungen in ihrer Gesamtheit, so ist man zu dem Schluss berechtigt, dass sie zweifellos die Gefahr in sich bergen, auf gewerkschaftlich ungeschulte und unorganisierte Arbeiter Eindruck zu machen, besonders wenn die Arbeitgeber diese Politik nachhaltig und unbeirrbar durch Rückschläge jahrelang durchhalten. Die organisierte Masse wird den Geist, der diese Bestrebungen durchweht, sicherlich bald genug erkennen. Andererseits sind aber die Träger, jene Organi-



sations- und Einsatz-Ingenieure pädagogisch und sozialpolitisch so erstklassig geschult, dass sie es wohl verstehen werden, ihre wahren Absichten genügend zu verschleiern.

Die wahren Absichten des Dinta lassen sich immerhin sehr eindeutig feststellen, wenn man das von diesem Institut selbst herausgegebene und über seine Arbeit erschienene Schriftenmaterial genügend gründlich durchsieht. So sagt z. B. Professor D u n k m a n n in seinem oben schon mehrmals angeführten Referat: Der Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften sei der Kampf einer unabänderlichen Wirtschaftsart, die man Kapitalismus nennt, gegen eine Arbeiterorganisation, die sich gegen diese Art richtet. « Es ist also » — heisst es weiter — « im Grunde nur ein Abwehrkampf, ein Kampf des wirtschaftlichen Denkens gegen das unwirtschaftliche. » An anderer Stelle sagt er: « Wir haben es allerdings schwer versäumt, uns die Frage vorzulegen, was wir tun können und tun müssen, um diese reine Masse uns willig und dienstbar zu machen... » Ein weiteres Wort von ihm lautet: « ...Dieser disziplinierende Wille (der Arbeitgeber gegen die Arbeiter) muss bestimmt und fest sein. Jede Nachgiebigkeit und Unstetigkeit bringt die Masse in Unordnung. Wir denken an unser gutes preussisches Militär und seine wundervolle Zucht. Im gewissen Sinne ist die deutsche Arbeiterschaft das Erbe dieses preussischen Militarismus, was ihr sicherlich nicht zur Unehre gereicht. »

Oberingenieur A r n o l d , der sehr viel in Deutschland herumreist, um den Industriellen seine Ideen und die Bedeutung seines Instituts auseinanderzusetzen, erklärte einmal:

« Nicht zuletzt muss es das Ziel jeder Ausbildung sein, einen Geist in den werdenden Arbeiter zu pflanzen, der nicht lediglich auf den Erwerb materieller Güter eingestellt ist. Eine Gesinnung muss wieder Allgemeingut des deutschen Qualitätsarbeiters werden, die ihn auch ohne äusseren Zwang einen «anständigen» Kerl sein und bleiben lässt. »

Ganz deutlich sprach er sich aus gelegentlich eines Besuches, den die Studenten der Universität Bonn seinem Institut abstatteten. Er sagte dabei u. a.:

« Letzten Endes soll die Erziehung der Belegschaften in unserer Industrie Ersatz für das alte Heer sein. Der Arbeiter muss begreifen lernen, dass im Produktionsprozess mehr gedient als verdient werden muss. Wir sind der Ueberzeugung, dass uns der Herrgott an diese Stelle gesetzt hat und werden versuchen, diese uns gestellten Aufgaben zu lösen. »

Das Verhältnis der deutschen Gewerkschaften zu dieser Arbeitspolitik ist eindeutig. Sie haben ihr den allerschärfsten Kampf angesagt. Nicht nur die freien Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnen diese hinterhältige Art einer sogenannten «erziehlichen» politischen Beeinflussung der Arbeiterschaft durch ihre Unternehmer ab, sondern auch die Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Verbände. Selbst der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, ein Angestelltenverein, der

gesinnungsmässig diesen Herren sehr nahesteht, nimmt gegen das Dinta und seine Politik Stellung.

Der « Kampf um die Seele des Arbeiters », wie die Unternehmer ihn selbst nennen, wird sich in den Betrieben abspielen, weniger in öffentlichen Versammlungen. Die Gewerkschaften selbst haben zwei Mittel, um erfolgreich diesen Bestrebungen zu begegnen. Sie werden einmal ihre Mitgliedschaften und Funktionäre über den neuen psychologischen Feldzug der Unternehmer aufklären müssen, sie werden ein zweites Mal daran zu arbeiten haben, den Stamm ihrer Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte geistig so zu vervollkommen und durchzubilden, damit sie imstande sind, den psychologischen Beeinflussungsversuchen der Einsatz- und Organisations-Ingenieure entgegenzuwirken. Dieser « Kampf um die Seele » wird ein geistiger Kampf von Führerpersönlichkeiten sein. Es kommt darauf an, ob der von den Unternehmern zur Führung der Arbeiterschaft bestimmte und ausgebildete Ingenieur, oder der von den Gewerkschaften und von der Arbeiterschaft selbst gewählte Betriebsfunktionär oder der Betriebsrat die stärkere Führerpersönlichkeit sein wird, dem es gelingt, die Masse der Arbeitskollegen gegen die Spaltungsversuche des sozialen Gegenspielers zu schützen und zusammenzuhalten.

---

## Wohlfahrtspflege in der schweizerischen Industrie.

Von M a x W e b e r.

Die Wohlfahrtseinrichtungen, die sich in der schweizerischen Industrie vorfinden, sind sehr mannigfacher Natur und haben sehr verschiedene Ursachen wie auch verschiedene Zwecke. In einzelnen Betrieben, besonders in kleineren Familienunternehmungen, ist noch aus früheren Zeiten ein patriarchalisches Verhältnis geblieben, aus dem heraus gewisse Fürsorgeeinrichtungen entstanden. In ändern, vornehmlich in den grossen Fabriken wurden Wohlfahrtsinstitutionen geschaffen mit der deutlichen oder verschleierte Absicht, die Arbeiterschaft möglichst eng an die Unternehmung zu ketten und sie so von der gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten. Daneben gibt es aber auch zahlreiche Fälle, wo Fürsorgemassnahmen für das Personal getroffen wurden ohne diese gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen; ja, manchmal sind sie direkt ein Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes, wie z. B. Versicherungskassen gegen Alter und Invalidität. Das kommt zwar in der Regel nur in staatlichen, kommunalen und auch genossenschaftlichen Unternehmungen vor, wo nicht zu befürchten ist, dass mit solchen Einrichtungen ein Druck ausgeübt werde, wo ferner infolge Freizügigkeit oder Rückzahlung der Beiträge eine Garantie besteht,